

Nathalia Bautista Pizarro

Das erlaubte Vertrauen im Strafrecht

Studie zu dogmatischer Funktion und Grundlegung
des Vertrauensgrundsatzes im Strafrecht



Nomos



DIKE

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	17
Einleitung	19
1. Kapitel Vertrauensgrundsatz als objektives Zurechnungskriterium	25
I. Zur Identifizierung der Anwendungsbereiche des Vertrauensgrundsatzes im Strafrecht	25
A. Vertrauensgrundsatz im Straßenverkehrsrecht	26
1. Erste Überlegungen zu der möglichen Annahme eines Vertrauensschutzes	26
2. Vom Misstrauens- zum Vertrauensgrundsatz	28
B. Ausdehnung des Vertrauensgrundsatzes in anderen Bereichen	32
1. Vertrauensgrundsatz und die ärztliche Arbeitsteilung	32
2. Ausdehnung des Vertrauensgrundsatzes auf die strafrechtliche Produkthaftung und Bauprojekte	36
C. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	41
II. Systematische Stellung hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung des Vertrauensgrundsatzes in der Strafrechtslehre	42
A. Vertrauensgrundsatz und <i>fahrlässiges</i> Zusammenwirken	43
1. Vertrauensgrundsatz und die Überwindung des Kausaldogmas in der frühen Literatur des Strafrechts	43
a. Vertrauensgrundsatz und die Adäquanztheorie	43
b. Leistung und Probleme der Adäquanztheorie beim Verständnis des Vertrauensgrundsatzes	49
2. Vertrauensgrundsatz und die Konkretisierung der „im Verkehr erforderlichen Sorgfalt“ als unterschiedliche Momente der Kausalität	55
a. Auf dem Weg zur Normativierung: Vertrauensgrundsatz und Schutzzweck der Norm	56

b.	Konkretisierung der Sorgfaltspflicht aufgrund einer <i>Generalisierung</i>	60
i.	Der „soziale Jemand“ als Zurechnungsmaßstab	60
ii.	Objektive Bezweckbarkeit und objektive Zurechnung	62
iii.	Probleme der Annahme von Generalisierungen als Zurechnungsmuster	65
α.	Generalisierungen aufgrund der Erfahrung	65
β.	Abstrakter Mustermann und die Notwendigkeit einer <i>Individualisierung</i>	66
γ.	Beherrschbarkeit ohne normative Kontur?	69
3.	Vertrauensgrundsatz und die Welzelsche Sozialadäquanz	70
a.	Sozialadäquanz im finalen Handlungsbegriff	71
b.	Sozialadäquanz und Vertrauensgrundsatz	76
4.	Zwischenergebnis	79
5.	Vertrauensgrundsatz als Abgrenzungskriterium der Verantwortungsbereiche	81
a.	Selbstverantwortungsprinzip und arbeitsteiliges Zusammenwirken	81
i.	Vertrauensgrundsatz bei Stratenwerth	81
ii.	Bewertung	85
b.	Gegenwärtiger Stand der Diskussion	86
i.	Weitere Entwicklungen des normativen Modells	86
ii.	Kritikpunkte	87
B.	Vertrauensgrundsatz und <i>vorsätzliches</i> Fremdverhalten. Die Lehre vom Regressverbot	88
1.	Regressverbot als Unterfall des Vertrauensgrundsatzes bei Roxin	90
a.	Regressverbot als Unterfall des Vertrauensgrundsatzes	90
b.	„Förderung erkennbarer Tatgeneigntheit“	92
c.	Kausale Risikosteigerung bei der Beihilfe und Strafbarkeit von „Alltagshandlungen“	95
2.	Subjektive Lösung der Problematik?	98
3.	Zur Abgrenzung von Vertrauensgrundsatz und Regressverbot	101
a.	Das Regressverbot als scheinbare Beteiligung an einer fremden Straftat bei Jakobs	101
i.	Der objektive Maßstab der Zurechnung	102
ii.	Der Geltungsbereich des Regressverbots	105

iii.	Verbindende Arbeitsteilung als Einschränkungskriterium des Regressverbots	107
iv.	Restliche Verantwortungsmöglichkeiten	109
b.	Stellungnahme	112
i.	Bewertung des normativen Lösungsansatzes des Regressverbots	112
ii.	Zuständigkeit zur Kompensierung fremden Fehlverhaltens als Voraussetzung der Anwendung des Vertrauensgrundsatzes	115
C.	Ergebnis	118
2.	Kapitel Zur Begründung des Vertrauensgrundsatzes im Strafrecht	121
I.	Vertrauen als Prämie für das eigene Wohlverhalten. Zur Einschränkung des Vertrauensgrundsatzes bei eigenem Fehlverhalten	122
A.	Kein Vertrauensschutz aufgrund des eigenen rechtswidrigen Verhaltens in der klassischen und gegenwärtigen Literatur	122
B.	Probleme der Grundlegung des Vertrauensgrundsatzes auf dem eigenen Wohlverhalten	127
1.	Prämientheorie als Erfolgshaftungstheorie	127
2.	Wohlverhalten als Voraussetzung jedes Rechtsbandes?	130
C.	Lösungsvorschläge zur Konkretisierung des Vertrauensgrundsatzes bei eigenem Fehlverhalten	133
1.	Keine Übertragung der eigenen Verantwortung auf die fremde Organisation unter Berufung auf den Vertrauensgrundsatz	134
a.	Einschränkung des Vertrauensgrundsatzes im Fall des eigenen rechtswidrigen Verhaltens bei Puppe und Stratenwerth	134
b.	Bewertung	135
2.	Vertrauensschutz bei eigenem Fehlverhalten in der Normschutzzwecklehre	139
a.	Vertrauensgrundsatz aufgrund der Eigenverantwortung des anderen	139
b.	Bewertung	141
i.	Abbruch der Zurechnung allein aufgrund der Verantwortung des anderen?	141

ii.	Vertrauensschutz nur bei „aktivem Tun“ des Vertrauensempfängers?	143
3.	Keine Zurechnung von nachträglichem grob fahrlässigem Verhalten Dritter	147
a.	Grob fahrlässiges Verhalten des Zweithandelnden als Ausschlussgrund der Erfolgzurechnung bei Burgstaller	147
b.	Kritik der Literatur an Burgstallers Lösungsansatz	149
c.	Bewertung	151
4.	„Mehrfache normative Garantie“ der Risikoverwaltung und Vertrauensschutz gegenüber „rollensprengendem“ Verhalten des anderen	152
a.	Vertrauensschutz trotz eigenen Fehlverhaltens bei Jakobs	152
b.	Bewertung	155
5.	Stellungnahme	157
a.	Zur dogmatischen Funktion des Vertrauensgrundsatzes	157
b.	Zuständigkeit für Fehlverhalten Dritter	159
i.	Zuständigkeit für Fehlverhalten Dritter in den typischen Anwendungsbereichen des Vertrauensgrundsatzes	159
ii.	Zuständigkeit für Fehlverhalten Dritter bei unerlaubter Schaffung einer riskanten Lage	161
c.	Zur Bedeutung der Teilung der Verantwortung mit einem kompetenten Vertrauensempfänger	165
i.	Eigenes Fehlverhalten und Kompensierungspflicht durch den Vertrauensempfänger	166
α.	Gegenseitige Kompensierungspflicht	166
β.	Kompensierungspflicht nach dem allgemeinen System der Zuständigkeitsverteilung	167
ii.	Eigenverantwortung und Anspruch auf ein Minimum an Vorsicht	169
iii.	Fehlen der kognitiven Sicherung einer verantwortlichen Risikoverwaltung durch den Vertrauensempfänger	174
D.	Ergebnis	175

II.	Vertrauensgrundsatz als Regel der Erfahrung	177
A.	Erfahrungsprognose als Basis des Vertrauensschutzes in der Literatur	177
B.	Zur Identifizierung der kognitiven Seite im Vertrauensgrundsatz	178
1.	Vertrauensgrundsatz und die Grenzen des Menschenmöglichen	179
a.	Qualifikation zur Risikoverwaltung und Vertrauensschutz	179
b.	Zuordnung fremden Fehlverhaltens durch die Einsetzung von Erfahrungsregeln?	180
2.	Vertrauensgrundsatz und der schuldhaftige Normwiderspruch des Vertrauensempfängers	183
a.	Vertrauensschutz aufgrund der empirisch bewiesenen Normbefolgungsbereitschaft der Normadressaten	183
b.	Empirische Normgeltung als Basis des Vertrauensgrundsatzes?	184
C.	Zusammenfassung	187
III.	Die normative Begründung des Vertrauensgrundsatzes	188
A.	Vertrauensgrundsatz und die Interessenabwägungstheorien	189
1.	Der Gedanke der Interessenabwägung im Vertrauensgrundsatz	189
2.	Bewertung der Grundlegung des Vertrauensgrundsatzes in der Interessenabwägungstheorie	193
a.	Vertrauensgrundsatz und die Ermöglichung der individuellen Handlungsfreiheit	193
b.	Vertrauensgrundsatz als Unterfall des erlaubten Risikos im strikten Sinne?	195
B.	Vertrauensgrundsatz und Selbstverantwortungsprinzip	197
1.	Selbstverantwortungsprinzip und Vertrauensgrundsatz in der Literatur	197
a.	Selbstverantwortung und die Abgrenzung von Verantwortungsbereichen bei Stratenwerth	197
b.	Selbstverantwortung als Kriterium der Verantwortung für fremdes Unrecht bei Schumann	199

2. Interpretation der Selbstverantwortungstheorie zum Vertrauensgrundsatz in der Literatur	201
a. Der kontrafaktische Charakter des Selbstverantwortungsprinzips	201
b. Das Problem der Fundierung der primären Verantwortung auf die „Tatherrschaft“	203
c. Keine Abgrenzung von Verantwortungsbereichen bei der Fundierung der sekundären Verantwortung für fremdes Fehlverhalten	204
3. Bewertung der Begründung des Vertrauensschutzes auf dem Selbstverantwortungsprinzip	205
a. Bedeutung der Fundierung einer „sekundären“ Verantwortung für fremdes Fehlverhalten	205
b. Bedeutung und Probleme einer kontrafaktischen Konzipierung des Vertrauensgrundsatzes	207
IV. Theoretische Rekonstruktion der normativen Grundlegung des Vertrauensgrundsatzes	208
A. Das Problem	209
B. Abzugrenzende Normgeltungsbegriffe	212
1. Berechenbarkeit des Verhaltens und der imperative Charakter der Norm	214
2. Berechenbarkeit des Verhaltens und die Effektivität der Rechtsordnung	217
C. Zur Notwendigkeit der Mindestorientierung des Verhaltens durch Vertrauen auf die anderen im Recht	220
1. Abstrakte Personalität des Vertrauensempfängers als Voraussetzung des Vertrauensschutzes	220
a. Selbstverantwortung und abstrakte Personalität. Zur Anerkennung des kompetenten Vertrauensempfängers	221
i. Formelle Voraussetzungen der abstrakten Personalität. Zur Identifizierung des qualifizierten Vertrauensempfängers	224
ii. Materielle Voraussetzungen der abstrakten Personalität. Zur Identifizierung des nicht-kompetenten Vertrauensempfängers trotz Qualifikation	229
iii. Abstrakte Personalität und der selbstverantwortliche Vertrauensbruch	231

b. Weitere Konsequenzen der Voraussetzung der abstrakten Personalität für die Begründung des Vertrauensgrundsatzes als Rechtsprinzip	233
i. Zur Natur der primären und sekundären Verantwortung	233
ii. Personalität und Zuständigkeitsverteilung in der Gesellschaft	235
2. Vertrauensschutz als Teil des Programms der freiheitlichen Rechtsordnung	237
a. Zur Bedeutung des Vertrauens für die Orientierung des Verhaltens	238
b. Motivationale Basis der Normunterworfenen und Stabilität der Rechtsordnung als Voraussetzung der freiheitlichen Rechtsordnung	240
c. Konsequenzen des Vertrauensschutzes in der freiheitlichen Rechtsordnung für die Begründung des Vertrauensgrundsatzes	244
3. Wirklichkeit der Norm als Kommunikation und Vertrauensschutz	245
a. Norm als kommunikatives Deutungsschema	245
b. Rechtsverbindlichkeit durch Lernprozess	248
c. Zur normativen Verhaltensorientierung gegenüber anderen	252
i. Normative Differenzierung zwischen normativen und kognitiven Verhaltenserwartungen	252
ii. Allgemeine Verhaltensorientierung gegenüber dem normativen Erwarten. Zur kontrafaktischen Sicherung des Vertrauens	254
iii. Allgemeine Verhaltensorientierung gegenüber dem kognitiven Erwarten. Einschränkung des Vertrauensgrundsatzes bei nicht kompetenten Vertrauensempfängern	258
α. Kognitive Verhaltensorientierung gegenüber nicht qualifizierten Vertrauensempfängern	259
β. Kognitive Verhaltensorientierung bezüglich untergeordneter qualifizierter Vertrauensempfänger	261

γ. Kognitive Verhaltensorientierung bei der Teilung der Verantwortung für den Gewahrsam besonders gefährlicher Gegenstände	262
δ. Kognitive Verhaltensorientierung bei unzureichender sicherer Risikoverwaltung trotz Qualifikation des Vertrauensempfängers	262
iv. Kombination der normativen Verhaltenserwartungen gegenüber anderen	263
d. Änderung der normativen zur kognitiven Verhaltensorientierung. Einschränkung des Vertrauen- Dürfens beim Fehlen einer kognitiven Untermauerung des kontrafaktisch gesicherten Vertrauens	264
i. Kognitive Verhaltensorientierung beim Fehlen der Voraussetzungen zur Ausübung der abstrakten Personalität	265
ii. Kognitive Verhaltensorientierung beim schuldhaften Vertrauensbruch durch den Vertrauensempfänger	266
~ iii. Erwartungskombination bei der kognitiven Feststellung des Vertrauens	269
e. Konsequenzen der Annahme der Norm als Kommunikation für die Begründung des Vertrauensgrundsatzes und für sein Verständnis als Zurechnungskriterium	269
Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen	275
Literaturverzeichnis	283